

Informationen der  
Deutschen Kommunistischen Partei  
Mörfelden

# blick punkt

Nr. 10 Juli 1971



*lesen Sie heute*

**Wir klagen an**  
Seite 2

**SDO-Kommunal**  
Seite 4

**Willi meint**  
Seite 7

**Volkshaus Mörfelden –**  
Seite 9

# Wie klagen an!

Allerorten ist das Thema Umweltschutz und Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Schäden infolge von Lärm und Umweltverschmutzung im Munde. Die heutige Technik, die uns ein hohes Niveau der Produktion ermöglicht, kann auch zur Verhinderung von schädlichen Auswirkungen dieser Technik eingesetzt werden. Es können weniger Lärm erzeugende Flugzeuge gebaut werden, Filteranlagen können vor Rauch, Schmutz und Geruch schützen.

Täglich werden in der Bundesrepublik fünfzig Eisenbahnwaggons Staub und Schmutz in die Luft geblasen. Krankheiten der Atemwege und der Haut nehmen zu, die Bäche und Flüsse stinken, Müllhalden verschandeln die Landschaft und verseuchen das Grundwasser, ganze Landstriche stinken (Raunheim, Kelsterbach). Notwendig sind Gesetze, die den Verschmutzern der Umwelt vorschreiben, daß sie Filteranlagen etc. einbauen müssen, daß sie nicht wahllos ganze Landschaften veröden, daß sie leisere Flugzeugmotore entwickeln, Großflughäfen nicht in Ballungsgebieten ausweiten . . .

In unserem unmittelbaren Lebensbereich, im Ballungsgebiet Rhein-Main, werden wir täglich mit dem Problem konfrontiert. Sei es durch den stärker werdenden Fluglärm, durch zunehmenden Straßenverkehr, durch die Abholzung von Wäldern, durch Abwässer. Die Grenze der Belastbarkeit der Umwelt zugunsten der Technik und des Profits scheint erreicht zu sein. Endlich muß man sich die Frage stellen, ob man zum Straßen- und Flugplatzbau den Wald noch abholzen kann, der für die Regenerierung der Luft unbedingt erforderlich ist. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, daß auch unsere Stadtväter sich der Klagegemeinschaft gegen die Erweiterung des Flughafens Rhein-Main anschlossen. Konsequenz wäre es andererseits, daß man selbst keinen Wald mehr für Kiesgruben opfert. Wer unsere Meinung hierzu noch nicht im „Freitagsanzeiger“ las, der soll vernehmen, daß die DKP-Ortsgruppe Mörfelden und die SDO-Stadtverordneten die Meinung des Regierungspräsidenten teilen, der die Abholzung von 40 ha Wald für die Kiesausbeutung ablehnt. Man soll sich das Prinzip zu eigen machen, für jeden Baum, den man abholzen muß, einen anderen zu pflanzen.

Seit einigen Jahren ist der Bau der biologischen Stufe bei der Abwässerbeseitigung im Gespräch. Nun hat die Stadtverordnetenversammlung die Auarbeiten vergeben. Kostenpunkt etwa 4,5 Millionen DM. Wie der Leser sicher weiß, hat die SDO für den Bau des neuen Klärwerkes gestimmt. Sie hat aber auch nach den Kosten gefragt. „Das mußte ja kommen“, sagte der Bürgermeister. Was

*Schon unter Adenauer und Erhard stieg die kommunale Verschuldung von 16 Milliarden DM im Jahr 1961 auf 33 Milliarden 1966. Aber sie erreichte Ende 1968 schoß 38 Milliarden DM (700 DM je Einwohner) und nähert sich jetzt in raschem Tempo der 40-Milliarden-DM-Grenze. 1959 betrug der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen noch 13,5 %. Später ist er bei wachsenden Aufgaben auf 11 % gesunken und erreichte 1969 mit 7,3 % einen absoluten Tiefstand. Die Städte finanzierten im Durchschnitt 1960 = 38,4 %; 1965 = 52,6 % ihrer Investitionen durch Schuldenaufnahmen. Bei dieser Entwicklung sinkt die Investitionsrate der Städte und Gemeinden, weil immer mehr Geld für den Schuldendienst gebraucht wird. 1965 waren im Durchschnitt 47,8 % des laufenden Überschusses für den Schuldendienst gebunden. Nach Vorausschau des Deutschen Städtetages werden es 71 % in Zukunft sein.*

er dann sprach, war nicht gerade erfreulich. Zu sagen für Zuschüsse des Kreises und des Landes Hessen sind noch nicht eingegangen. Man hofft aber noch. Was aus der Hoffnung wird? Wir können es bei der sehr angespannten Finanzlage in Hessen nur ahnen. Der Bürgermeister sprach in diesem Zusammenhang von Gebührenerhöhungen. Nach der nächsten Kommunalwahl werden sie uns sicher präsentiert. Gegen Gebührenerhöhungen haben wir etwas, besonders wenn sie

den „kleinen Mann“ treffen. Unser Wasser ist schon teuer genug. Um die notwendigen Vorhaben zu realisieren, geht man den Weg des geringsten Widerstandes und greift zu unpopulären Maßnahmen, wie Mieterhöhungen, Verkauf von wertvollem Gelände im Stadtkern an Banken und Kaufhäuser sowie Anlegen von Kiesgruben in wertvollem Waldgelände.

Hier müssen wir den Zusammenhang zwischen „kleiner Politik“ (Kommunalpolitik) und „großer Politik“ (Landes- und Bundespolitik) aufzeigen. Unsere Kommunen bekommen durch den immer geringer gewordenen Anteil am Steueraufkommen relativ immer weniger Geld. Dagegen sind die Aufgaben der Städte und Gemeinden stark

angestiegen. Die stete Verschuldung der Kommunen macht das Problem deutlich.

Dagegen werden die Privaten (Unternehmer, Konzerne) immer reicher (lt. Bundeskanzler Brandt). Es ist endlich an der Zeit die Politik zu ändern. Wir verlangen eine Politik, die die Gemeininteressen vor die Privatinteressen stellt. Wer den Großen nichts nimmt, kann den Kleinen nichts geben.

Wir verlangen, daß unsere Stadtväter deutlich aussprechen, warum sie zu wenig Geld für dringliche kommunale Einrichtungen haben.

Wie dümmlich war letztthin im „Freitagsanzeiger“ zur Stellungnahme der SDO zur Etätverabschiedung im Mörfelder Stadtparlament zu lesen, es ist

*Die DKP schlägt vor:*

1. Der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen muß zunächst auf 18 Prozent, dann auf 20 Prozent und später weiter dynamisch erhöht werden.
  2. Damit mehr Mittel für die Gemeinden frei werden:
    - a) Veränderung der Ausgabestruktur beim Bundesetat. Jährliche Kürzung der Rüstungsausgaben um 15 Prozent, zunächst bis zur Halbierung. Die Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Staaten bieten dafür alle Möglichkeiten.
    - b) Höhere Besteuerung der Großvermögen und Millioneneinkommen, Beseitigung der Steuerprivilegien und Subventionsgeschenke für das Großkapital und die Konzerne. Zugleich ist das Prinzip der Preiskontrolle durch Gewerkschaften und Verbraucherverbände durchzusetzen, um die Öffentlichkeit gegen die Versuche alarmieren zu können, Steuern über höhere Preise auf die Bevölkerung abzuwälzen.
  3. Befreiung der öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie der kommunalen Elektrizitäts-, Gas und Wasserwerke von der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer.
  4. Zur Stärkung ihrer Investitionskraft müssen die Gemeinden eine erste Investitionshilfe von mindestens 4 Milliarden DM vom Bund erhalten.
  5. Um die Gemeinden von ihren hohen Schulden zu entlasten, sollen der Bund 20 v.H. und die Länder 10 v.H. der kommunalen Schulden übernehmen.
  6. Krediterleichterungen für die Gemeinden durch Zinshilfen, verbilligte oder zinslose Bundes- und Landesdarlehen.
  7. Abbau des Systems der Finanzzuweisungen. Ersatz aller sachlichen und personellen Aufwendungen für Auftrags- und Weisungsangelegenheiten des Bundes und der Länder.
  8. Großkapitalistische Unternehmen – Betriebe, Warenhäuser, Versicherungskonzerne und Banken – sind durch eine Umlage zur Deckung der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, für verkehrspolitische Zukunftsaufgaben, für Maßnahmen des Umweltschutzes, für den Bau von Kindergärten heranzuziehen.
  9. Ein neues Bodenrecht muß die Möglichkeit eröffnen, jegliche Bodenspekulation zu unterbinden.
  10. Senkung der Gewerbesteuer für Handwerker, Einzelhändler, freie Berufe, Klein- und Mittelunternehmen und den übrigen Mittelstand, nicht jedoch für Großunternehmen und Konzernbetriebe.
- Die DKP schlägt der werktätigen Bevölkerung, allen dem Volk verbundenen Stadt- und Gemeindevertretern vor, für diese und ähnliche Forderungen gemeinsam zu wirken.

nicht wahr, daß die Kommunen immer ärmer werden. Schon ein Blick in den Haushaltsplangänge, um festzustellen, daß die Etatsumme immer größer werde; auch die Einnahmen stiegen von Jahr zu Jahr. Das bestreiten wir auch nicht.

Aber in der Relation der Einnahmen zu den Ausgaben und immer größeren Aufgaben der Kommunen ist doch festzustellen, daß die Städte und Gemeinden sich immer mehr verschulden, d.h. sie werden immer ärmer.



„Endlose Weiten“ wo früher guter Wald stand



Hier berichten wir regelmäßig über wichtige Ereignisse im Mörfelder Stadtparlament und über die Arbeit der SDO-Fraktion.

## Kostenlos Telefon

Vor etwa einem Jahr stimmte der Magistrat einer SDO-Empfehlung zu, älteren, alleinstehenden und gehbehinderten Bürgern die Telefon-Anschluß- und Grundgebühren zu zahlen. Dieser Tage erkundigte sich der SDO-Stadtverordnete Heinz Hechler einmal bei Bürgermeister Bachmann, wie in Mörfelden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, und erfuhr, daß bis jetzt acht Fälle genehmigt wurden. Die Anträge bei der Post laufen noch. Es wäre zu wünschen, daß es nicht noch ein Jahr dauert, damit die älteren Leute auch noch etwas davon haben.

Wir freuen uns jedenfalls mit unseren alten Bürgern und hoffen, daß sie recht bald ihren Telefonanschluß bekommen.

Auch anderen, die bisher noch keinen Gebrauch von dieser sozialen Einrichtung gemacht haben, empfehlen wir einen Antrag bei der Stadt zu stellen.

Ein Telefonanschluß ist heute keine Luxuseinrichtung mehr. Bei älteren und alleinwohnenden Bürgern ist hiermit eine Möglichkeit gegeben, der drohenden Vereinsamung entgegenzuwirken. Die Stadt sollte deshalb bei der Genehmigung der An-

träge nicht kleinlich verfahren und ihr Augenmerk nicht zu sehr auf das Kriterium „gehbehindert“ legen.

## Es brennt bei der Feuerwehr

Was ist plötzlich in die Mörfelder Feuerwehr gefahren, daß von 36 aktiven Mitgliedern 18 gemeinsam ihren blauen Rock an den Nagel hängen? Unter den ausgetretenen Feuerwehrleuten befindet sich der gesamte Vorstand. Die Einsatzfähigkeit ist somit sehr geschwächt, zumal unter den restlichen Aktiven niemand den Führerschein Klasse 2 besitzt, um das Tanklöschfahrzeug zu fahren.

Aus den Mitteilungen der Presse, aber auch aus den Gesprächen, die wir mit einigen Vorstandsmitgliedern hatten, geht eine starke Verbitterung gegenüber der Stadtverwaltung hervor. Diese Verbitterung ist nicht nur dadurch entstanden, daß die Stadt einem Feuerwehrmann die geforderte, der Stadt zu hoch erschienene, Lohnausfallzahlung verweigerte. Nach den Worten der Feuerwehrleute war dies jedoch der letzte Anstoß zu den Massenaustritten, als Bürgermeister Bachmann dem Betreffenden nahelegte, aufzuhören. In kapitalistischen Betrieben sind solche Äußerungen der Chefs keine Seltenheit, aber einem Mann gegenüber, der 18 Jahre gewissenhaft in der Feuerwehr seinen Dienst versah, sollte ein Bürgermeister etwas zurückhaltender sein. Wie wir feststellen konnten, gibt es eine ganze Reihe von Beschwerden, auf die wir aber nicht alle eingehen möchten.

Fest steht, daß die Mörfelder Einwohner die ganzen Jahre stolz waren auf die freiwillige Feuerwehr und ihre schnellen Einsätze bewunderte. Wie oft war der letzte Sirenenton noch nicht verstummt, konnte man auch schon das „tätätä“ der Feuerwehrautos vernehmen. Ohne die vielen Einsätze, von denen die Bürger nichts merkten, da seit einiger Zeit der Alarm über Funk erfolgt. Die Männer im blauen Rock waren bei Feuer, Wassergefahr und Unfällen am Tag oder bei Nacht, immer bereit, sich, wenn es galt, für uns alle einzusetzen. Weiterhin ist den Wehrleuten hoch anzurechnen, daß sie eigentlich Ansprüche für Lohnausfälle hätten geltend machen können, dies aber bisher nur zweimal taten.

Wir sind der Meinung, daß nunmehr ein Umdenken bei den Verantwortlichen der Stadt beginnen muß. Die Sicherheit der Bürger, und damit das Weiterbestehen der Freiwilligen Feuerwehr, liegt

uns allen am Herzen. Gepflogenheiten und Regelungen, wie sie vielleicht noch vor 10 Jahren üblich waren, sind heute überholungsbedürftig. Diese Erkenntnisse werden in allen Bereichen unseres Lebens gewonnen.

Die SDO-Fraktion hält dieses Problem für so wichtig, daß sie, sofort nach Bekanntwerden der Austrittswelle, in einem Brief an Bürgermeister Bachmann verlangte, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Auf Grund dessen wurde auch schon am 18.6. in einer Bauausschußsitzung darüber diskutiert. Eine weitere Aussprache zwischen Feuerwehr und Magistrat wurde angesetzt. Leider wurde dem Wunsch der SDO, daß auch die einzelnen Fraktionen durch einen Vertreter daran teilnehmen können, nicht stattgegeben.

Bei Redaktionsschluß des „blickpunktes“ lag uns das Ergebnis dieser Aussprache noch nicht vor.

Damit das Problem bald beseitigt ist und Mörfelden wieder eine einsatzfähige Feuerwehr besitzt, fordern wir:

○ Erstattung der Lohnausfallzahlungen.

○ Die Stadtkasse muß bei im Einsatz beschädigten privaten Kleidungsstücken, die von der Versicherung bezahlt werden, in Vorlage treten.

○ Alle aktiven Feuerwehrmitglieder sind von der Stadt mit einer Regenbekleidung auszurüsten. Auch bei der Feuerwehr muß die Stast in Zukunft etwas tiefer in die Tasche greifen. Dies kommt immer noch billiger als eine Berufsfeuerwehr.

Wir wir bei Redaktionsschluß noch erfahren, hatte die Protestaktion der Feuerwehr Erfolg.

Vom Bürgermeister wurde zugesichert, daß ab sofort die Auszahlung der Lohnausfälle und die Erstattung der Mittel für eine Beschädigung von privaten Kleidungsstücken schneller erfolgt. Des weiteren wurden die Entschädigungen für den Gerätewart von 150,— DM auf 700 DM jährlich erhöht.

Aus den hierbei gesammelten Erfahrungen sollten die Lehren gezogen werden. Anscheinend geht es überall nicht ohne den entsprechenden Druck von unten. Hier mußten erst 18 Feuerwehrleute austreten, bis ein Magistrat zu Verhandlungen und zum Nachgeben gezwungen wurde.

Woanders müssen die Kinder eines Kindergartens, wie dieser Tage in Münster („Frankfurter Rundschau) das Rathaus mit Transparenten und platzenden Luftballon stürmen um ihre Zuschüsse zu erhalten.

Auch den Mörfelder Jugendlichen wäre ein Go-in zu empfehlen. Vielleicht hätten sie dann eher ihr schon lange und oft verlangtes Jugendzentrum.

Die Eltern der Mörfelder Schulkinder sollten sich ebenfalls auf Aktionen besinnen, wenn ihre Wünsche bezüglich mehr Sicherheit auf den Straßen, Schulweg und dessen Beleuchtung zur neuen Gesamtschule sowie zur Behebung des Lehrermangels nicht beachtet werden.

**Es muß schon tüchtig gerührt werden, damit nichts anbrennt!**

## Keine gute Visitenkarte

### Mörfeldens

Wer von Frankfurt kommend die B 44 nach Mörfelden fährt, sieht links kurz vor der Ortseinfahrt in unmittelbarer Nähe des Wasserturmes, einen häßlichen Autoschrottplatz. Es ist klar, daß die alten ausgedienten Vehikel irgendwo untergebracht werden müssen. Aber ausgerechnet am Ortseingang, so auf dem Präsentierteller, muß es nicht sein. Der Anblick der vielen ausgeschlachteten Autos ist schon die ganze Zeit den Mörfelder Bürgern ein Dorn im Auge, und manche meinten, es wäre nicht die beste Visitenkarte.

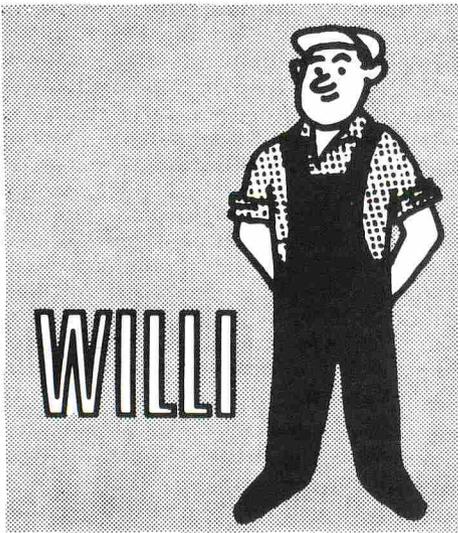
Nun erhielten wir von einem Nachbarn dieses Schrottplatzes die Mitteilung, daß dort unter anderem Motore ausgeschlachtet werden und man das darin befindliche Öl einfach in den Boden laufen läßt. Der Bewohner des Nachbargrundstückes macht uns darauf aufmerksam, daß er seine Hauswasserversorgung, die noch nicht an das Ortsnetz angeschlossen ist, dadurch äußerst gefährdet sieht.

Hier muß umgehend die Behörde eingreifen. Am besten ist es, nicht nur sofort eine Öl-Abscheidanlage zu verlangen, sondern die Entfernung des Schrottplatzes zu erwirken. Es geht nicht an, daß jeder auf irgendeinem Acker einen Autofriedhof anlegen kann. Allein zwischen Walldorf und Mörfelden existieren mittlerweile drei solcher Schandflecken.

Die SDO-Fraktion richtete an den Magistrat eine Anfrage, welche Möglichkeiten er sieht, hier eine Änderung herbeizuführen. Wenn nicht bald zu dem Problem „Abfallbeseitigung“ eine bundeseinheitliche oder eine hessische Regelung erfolgt, müßte örtlich oder auf Kreisebene eine Satzung über Autoschrottplätze erlassen werden. Darin muß festgelegt werden, daß nicht viele kleine Plätze die Landschaft verschandeln, sondern möglichst auf regionaler Basis, vielleicht auf dem schon panierten Teil der Müllplätze die Autowracks gesammelt werden.



*So dicht vor der Haustür ist er ein Schandfleck für Mörfelden, der so schnell wie möglich verschwinden muß.*



nahm, daß Herr Peez, Vorsitzender der Mörfelder CDU-Stadtvorordnetenfraktion und Mitglied des Bundesausschusses des erwähnten katholischen Kindergartens, aus Anlaß der Etatverabschiedung im Mörfelder Stadtparlament den Nulltarif für Kindergärten forderte. Logisch, daß er und seine Gesinnungsfreunde mit gutem Beispiel vorangehen. Noch ist der Kindergarten nicht eröffnet, um mit Bestimmtheit sagen zu können, daß Herr Peez ein Demagoge ist, aber ich vermute es.  
*(Lesen Sie hierzu auch „SDO zum Nulltarif“)*

## Schmutzfinken im Schwimmbad

Mörfelden hat ein schönes Schwimmbad. Die Bevölkerung der Nachbar-Gemeinden beneidet uns darum.

Leider mußte ich schon geraume Zeit feststellen, daß immer mehr Besucher dieser vorbildlichen Einrichtung nichts von Sauberkeit halten. Wie könnte es sonst passieren, daß die Liegewiesen abends, bevor die Städtischen Bediensteten mit der Reinigung beginnen, einem Müllplatz gleichen? Nicht allein Papier, Zigarettenkippen, leere Schachteln und Eisbecher werden mitunter nur 1 bis 2 Meter vom Papierkorb auf den Boden geworfen — dieser Tage fand ich mitten auf der Wiese eine zerbrochene Flasche. Kinder und Erwachsene konnten sich daran bitterböse die Füße zerschneiden.

Hier ist meiner Ansicht nach der Zeitpunkt gekommen, daß etwas geschieht. Die in Deutschland allzubekanntem Verbotsschilder halte ich nicht für das richtige. Vielmehr sollte die Stadtverwaltung es einmal mit einem Appell an die Sauberkeit und Hygiene aller Besucher versuchen. Auch sollten die Aufsichtspersonen ab und zu einen Sünder zurechtweisen. Das Personal ist ja nicht dafür da, hinter den Schmutzfinken herzu laufen und den Dreck aufzulesen.

**Das wär's für heute — auf neue Vorschläge und Kritik wartet wie immer**

*Willi*

## SDO zum Nulltarif

Zum „Willi“-Beitrag „Nulltarif für Kindergärten“

*Um keine falschen Schlüsse zu ziehen, daß etwa die sozialistische Wahlvereinigung SDO gegen einen Nulltarif bei Sozialeinrichtungen wäre, möchten wir hier die Stellungnahme der SDO*

## Es brennt

Im Februarheft des „blickpunktes“ klagte ich über den fehlenden sicheren Fußgängerüberweg auf der Groß-Gerauer Straße. „Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Am 22. April verunglückte ein Schulkind beim Überqueren der stark befahrenen Straße. Wie ich erfuhr, hat sich der Magistrat wegen der Einrichtung eines Fußgängerüberweges an den Regierungspräsidenten gewandt. Man sollte nicht eher locker lassen, bis der Gefahrenpunkt beseitigt ist.

## Muß das sein?

Auf dem Festplatz sind vier Stahlblechkästen für die elektrischen Anschlüsse aufgestellt und an den Ecken durch starke Winkeleisen vor mechanischen Beschädigungen durch Autos usw. zusätzlich gesichert. Ich habe wiederholt beobachtet, daß diese Kästen zweckentfremdet von Kindern als Torgerüst benutzt werden. Es besteht die Gefahr, daß sich ein Kind infolge eines Sturzes an diesen Eisen ernsthaft verletzt. Man sollte von zuständiger Seite diese Unfallgefahr auf dem schnellsten Wege beseitigen.

## Nulltarif für Kindergarten

Eitel frohlocken können die Eltern, deren Kinder in den neuen katholischen Kindergarten gehen. Der Nulltarif, d.h. die kostenlose Benutzung dieser Einrichtung wird dort praktiziert. Zu diesem Schluß mußte ich kommen, als ich ver-

*zum FDP-Kindergartenrahmenplan im Auszug abdrucken:*

„Der Idealfall und anzustrebendes Ziel in der Kindergartenfrage wäre, für jedes Kind vom 3. bis 5. Lebensjahr ein Kindergartenplatz. Dieser sollte gebührenfrei sein. Es ist nicht einzusehen, daß für die Bildung des Kindes, und dazu gehört auch der Kindergarten, im schulischen Bereich Gebührenfreiheit besteht, diese aber beim Kindergarten verwehrt wird. Diese Situation wäre natürlich der Idealfall. Sie würde der Stadt im Jahre über 500 000 DM kosten.

In der jetzigen Situation, da nur ein Teil der Kinder die Möglichkeit hat einen Kindergarten zu besuchen, halten wir die Gebührenfreiheit im Moment nicht für durchführbar. Deshalb müßten die Gebühren nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt werden.

Soll die zentrale Lenkung der Kindergärten nicht nur auf dem Papier stehen, so muß überlegt werden, wie die konfessionellen Kindergärten unter das gemeinsame Dach dieser Verwaltung gebracht werden können. An allen Kindergärten sollen die gleichen Bildungsrichtlinien gelten, die uns im Hinblick auf den Übergang zur vorschulischen Erziehung sehr wichtig erscheinen.

Um den Kindergartenaufenthalt für die Kinder effektiver zu gestalten, stellt die Stadt den schon bestehenden Kindergärten als erste Maßnahme „Sprachtrainingsmappen“ zur Verfügung.

Die zu bildende Kindergartendeputation sollte über ihren eigentlichen Rahmen, der Beaufsichtigung der Kindergärten hinaus, Initiative ergreifen und Elternversammlungen auch und gerade der Eltern, deren Kinder nicht in den Kindergarten aufgenommen werden können, veranstalten. Hier soll den Eltern mit Hilfe von Pädagogen Erziehungshilfe gegeben werden. Die Eltern sollen auch an die geeignete Literatur zur Erziehung der Kinder herangeführt werden.“



## Rückschau auf den 1. Mai

Bei der Rückschau zum 1. Mai 1971 ist besonders festzustellen, daß die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik aus ihrer passiven Haltung herausdrängen. In Demonstrationen und Diskussionen haben sie bewiesen, daß sie die Frage der Mitbestimmung richtig verstehen. Sie

streifen die Rolle des „Nur-Zuhörers“ ab. Auch in Mörfelden war dieser Trend festzustellen. Der Maiaufruf, den Parteien und Organisationen im Maikomitee gemeinsam erstellten, hat durch seine gewerkschaftlichen Forderungen — Mitbestimmung am Arbeitsplatz — Gleichberechtigung der Frau — Lehrlingsausbildung an öffentlichen Schulen, nicht im Betrieb — Herabsetzung der Altersgrenzen — aber auch in politischen Forderungen — Verbot aller rechtsradikalen Organisationen — Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages — gezeigt, was breite Bevölkerungsschichten heute bewegt.

Bei der Diskussion am Vorabend des 1. Mai, den das Maikomitee unter das Thema „Jugend und ihre Ausbildung“ stellte, wie auf der spontan geforderten Diskussion nach der Kundgebung, kam immer wieder zum Ausdruck, daß man nicht mehr gewillt ist, Vorstellungen von Parteien und Organisationen widerspruchlos zu übernehmen.

Organisationen und Parteien, die die Zeichen der Zeit nicht sehen oder sehen wollen, werden sich in Zukunft immer mehr in Frage gestellt sehen. In diesem Zusammenhang können wir die Entscheidung der Mörfelder SPD nicht verstehen, im Maikomitee nicht mehr mitzuarbeiten. Nur wer die Meinung der Bevölkerung kennt und sie vertritt, wird zukünftige Auseinandersetzungen, sowohl gewerkschaftlicher als auch politischer Art, durchstehen können. Der Gegner schläft nicht. Das sollten Sozialdemokraten gemerkt haben.

Wir halten es mit dem Mairedner Karsten Voigt, dessen Vorstellung über die Verstaatlichung der Banken bis zur Infragestellung der bestehenden Gesellschaftsordnung gingen. Am Beifall war festzustellen, daß er den meisten Menschen aus dem Herzen gesprochen hat. Zu wünschen wäre ihm und der ganzen arbeitenden Bevölkerung, daß er seine Vorstellungen, auch in seiner Partei zum Durchbruch verhelfen könnte.

Wir Kommunisten werden nach wie vor mit unserer ganzen Kraft diese Forderungen unterstützen.

# Volkshaus Mörfelden – Ein Stück Arbeitergeschichte

Die alten Mörfelder kennen sich aus. Das Volkshaus und seine Entstehungsgeschichte haben sie selbst erlebt. Für alle Neubürger, vor allem aber für die Jugend haben wir sie noch einmal niedergeschrieben.

Am 20. Januar 1968 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Mörfelder Volkshauses. Umgebaut wurde es als Bürgerhaus neu eröffnet.

## **Wie es anfang**

Wir wollten etwas über die Entstehungsgeschichte dieses alten Hauses schreiben und besorgten uns das alte Protokollbuch der „Vereinigung zur Errichtung eines Arbeitervereinshauses e. V.“. Wir sprachen mit dem letzten Vorsitzenden des Vereins, dem SDO-Stadtverordneten Artur Siegel, und studierten alte Broschüren.

Wer sich etwas mit dieser Geschichte befaßt, hat es schwer, einfache Worte zu finden. Zu leicht kann man in Pathos verfallen angesichts eines solch großen Vorhabens, das sich eine Handvoll Arbeiter stellten und durchführten.

## **Ein wagemutiger Verein wird gegründet**

Es war schein ein wagemutiger Verein, der sich damals, am 26. Januar 1924, im Gasthaus „Weingarten“ zusammenfand. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter. Georg Zwilling, ein über die Grenzen Mörfeldens bekannter und beliebter Kommunist, führte den Vorsitz, Schriftführer war

der Lehrer Georg Egner. Im engeren Vorstand wirkte der Maurer Karl Schaffner und der Eisenbahnarbeiter Peter Feutner. Im erweiterten Vorstand finden wir die Namen Wendel Hechler, Georg Kückler, Ludwig Hinterthür, Ludwig Scherer, Karl Wolf, Ludwig Dickhaut, August Schulmeyer. Es waren Zimmerleute, Maurer, Schreiner, Schneider und Hilfsarbeiter.

Das war von 47 Jahren. Die Inflation war überwunden. Eine relative Stabilisierung des Kapitalismus gewann internationalen Charakter. Man sprach vom „Wunder der Rentenmark“.

## **Wir brauchen einen großen Saal**

Die Arbeiter fanden zum Sport. Auch in Mörfelden gab es nicht mehr genügend Platz für den Sport- und Kulturbetrieb. „Wir brauchen einen großen Saal“, immer wieder finden wir diese Forderung in den Protokollen des Vereins, der vier Jahre brauchte, um die Idee eines großen Arbeiter-Vereinshauses in die Bevölkerung zu tragen.

Oft hört man heute: „... ja früher – da war so etwas leichter.“ Die vergilbten Protokolleseiten geben Auskunft darüber, daß es nie einfach und leicht war, ein Gemeinschaftswerk zu erstellen.



Man kann sie sich vorstellen, die Genossen aus dem Jahre 1924. Die Köpfe rauchten – Versammlungen – Sitzungen – Appelle. Pläne wurden aufgestellt und wieder verworfen. Man beklagte „das mangelnde Verständnis der Arbeiterschaft“. Eine Lotterie wurde von der Obrigkeit abgelehnt. Ungewohnt war diese Tätigkeit. Zimmerleute mit Schwielen an den Händen kümmerten sich um die Buchführung, machten Finanzpläne.

#### Mindestens 50 Mark

In einer Zeit, in der ein Metallarbeiter ca. 35 Mark wöchentlich verdiente, wurde beschlossen, daß jedes Vereinsmitglied mindestens 50 Mark beizusteuern habe. Wöchentlich wurden 50 Pfennig abkassiert. Die Generalversammlung am 20. Februar 1926 schloß mit dem Appell: „... dieses Jahr soll einen gewaltigen Fortschritt bedeuten.“ Das

war Optimismus. In Deutschland gab es in diesem Februar 2,3 Millionen Arbeitslose.

#### Der Baubeginn

Eine Werbeaktion im Frühjahr 1928 brachte den Durchbruch. 460 Mitglieder wurden gewonnen, 320 Einwohner erklärten sich bereit, zinslose Anteilscheine zu zeichnen. Am 1. Mai 1928 wurde mit dem Bau begonnen. In freiwilliger Arbeit bauten die Arbeiter ihr Haus. Die Bauherren waren die Bauleute. Und die Frucht der Arbeit fiel jenen zu, die gearbeitet hatten. In den Protokollen tauchen neue Namen auf. Im Februar 1929 lesen wir: „Genosse Jakob Schöneberger teilt mit, daß bis jetzt 200 Genossen 7000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet haben.“ Genosse W. Schmidt stellt den Antrag, „die Arbeiterpresse für die Mobilisierung einzusetzen“.

Bereits im Herbst 1929 konnten der kleine



*Alle Mittel der Agitation wurden beim Bau des Volkshauses angewandt, um Arbeiter zu interessieren.*

Saal und die Gaststätte in Betrieb genommen werden; die „Wintersonnenwende“ der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ wurde schon im Rohbau des großen Saales gefeiert.

Am 19. April 1930 wurde das Haus den Arbeitern und ihren Organisationen zur Verfügung gestellt.

Die Baukosten betragen 131 677,20 RM. Wie oft mag der Kassierer Karl Schaffner über Zahlen und Kostentabellen gewessen haben?

Dem Statut wird am 31. April 1930 ein neuer Satz zugefügt: „Der Betrieb des Vereinshauses wird so gestaltet, daß keine übermäßigen Gewinne erzielt werden, der Reingewinn wird lediglich zur Unterhaltung und weiterem Ausbau verwendet.“ Mit diesem Satz wurde die Bestimmung des Volkshauses klar umrissen.

Im Winter 1932 wurde eine Kinoanlage eingebaut. „Sie bewährte sich gut“, steht im Protokoll. Fünf Millionen Deutsche sahen damals Einsteins „Panzerkreuzer Potemkin“. Viele Mörfelder Bürger lernten dieses eindrucksvolle Werk sozialistischer Filmkunst kennen.

#### **Dunkle Wolken am politischen Himmel**

Am 14. September 1930 wurde der neue Reichstag gewählt. Noch waren die Arbeiter

stark. Die SPD erhielt 8,6, die KPD 4,6 Millionen Stimmen. Aber auch den Nazis gelang es, mit ihrer Demagogie 6,4 Millionen Deutsche zu verwirren. Damit zeichnete sich der Schrecken ab, der 1933 begann.

Im Mai 1933 schloß ein Wachtmeister Fischer im Naziauftrag das Mörfelder Volkshaus. Im Protokollbuch bleiben die Seiten leer. Der „Pferdestall“, wie die Faschisten verächtlich das Volkshaus nannten, wurde Kornspeicher und Fesselballonfabrik. Das Volkshaus sollte dem Sport und der Kultur dienen – jetzt wurde Kriegsmaterial darin produziert. Zahlreiche Mitglieder des Vereins wurden verfolgt und wanderten ins KZ.

#### **Ein neuer Anfang**

Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Haus von der Besatzungsmacht mit Beschlag belegt. Am 6. November 1948 wurde der Volkshaus-Verein neu gegründet. Von dem Wirtschaftsinventar, das mit 18 000 RM zu Buche stand, waren nur noch ein paar Biergläser übrig. Das Protokollbuch erzählt vom zähen Ringen um Freigabe und Wiedergutmachung. Erst am 21. September 1949 gaben die amerikanischen Behörden das Haus zurück. In den folgenden Jahren wurde das Haus immer mehr politischer, sportlicher und kultureller Mittelpunkt Mörfeldens. 1964 wurde das Haus der Gemeinde übertragen.



Die Bronzetafel im Foyer des Bürgerhauses erinnert an die Arbeiter, die sich ein Volkshaus bauten.

*Kennen Sie schon die*



UZ Landesbüro Hessen  
6 Frankfurt/Main 1  
Cronstettenstraße  
Telefon (06 11) 59 00 48

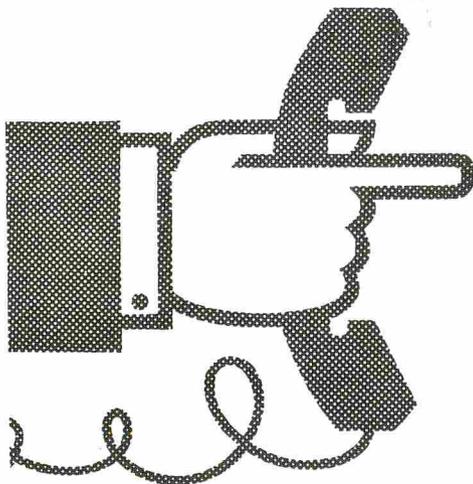
← *Probeexemplar  
bestellen!*

Es ist mit Unkosten verbunden,  
eine solche Zeitung herauszubringen.  
Sie können über den  
Herausgeber, die Verteiler

oder jedes Ihnen bekannte  
Mitglied der DKP einen  
finanziellen Beitrag  
dazu leisten.

Liebe Leser,  
der „blickpunkt“ hat mittlerweile viele Freunde in Mörfelden gefunden. Aus der  
Bevölkerung kommen viele Anregungen. Das freut uns sehr. Sollten Sie ein Problem  
haben, dann schreiben Sie uns. Oder Sie rufen uns einfach an.

Hier sind ein paar Telefon-Nummern:



3166

Rudolf Dötsch

3335

Heinz Hechler

3322

Sofie Haag